

# Klimapolitik: Bauen statt Stauen

**Ambitionierte Ziele, aber wenige sichtbare Erfolge – das kennzeichnet Österreichs Klimapolitik seit den frühen neunziger Jahren.**

*In den vergangenen zehn Jahren hat Österreich in Sachen Klimapolitik ein Profil erhalten, das ambitionierte Ziele mit geringer Umsetzungskraft enthüllt. Angesichts der Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll und weiterhin steigender Emissionen bei den Treibhausgasen erhebt sich die Frage, ob sich die österreichische Klimaschutzpolitik aus diesem Defizit an Glaubwürdigkeit lösen kann.*

**Schlüsselworte:** Klimapolitik, Klimastrategien

## Das Kyoto-Protokoll irgendwie am Leben erhalten

Statistiken sind manchmal hartnäckig; hartnäckiger jedenfalls als die Vergessenskurve im politischen Alltag und hartnäckiger auch als Programme und Erklärungen: Nackte Zahlen halten der österreichischen Klimapolitik gnadenlos einen Spiegel vor. Zwischen „Steigerung“ und „Stabilisierung auf hohem Niveau“ pendeln die Beurteilungen von Experten und Politikern. Ein Vokabel kommt nicht vor: Senkung.

Diese wäre aber notwendig: Im November hätten auf der CoP 7 in Marrakesch, dem siebten Zusammentreffen der Unterzeichner der Klimakonvention, die Spielregeln für Berechnung der und Handel mit den Treibhausgasen (TGH) fixiert werden sollen. Das Ausmaß, in dem dies zu passieren hat, ist bereits vor vier Jahren, im japanischen Kyoto, festgelegt worden. Bis zum Berechnungszeitraum 2008 bis 2012 muss Österreich demnach die Emissionen um 13 % verringern. Basisjahr ist 1990.

Tacheles geredet wurde bereits in den Monaten zuvor, wenn auch sehr viel kleinlauter als in den Jahren zuvor: Die Politik wird vor allem durch die Terroranschläge vom

## Austrian Climate Change Policy: Ambitious Targets but Lack of Credibility

Over the past ten years Austria has acquired a reputation for aiming at fairly ambitious targets for climate change policies but lacks the credibility of meeting them. Facing still increasing Greenhouse-gas-emissions the Austrian Government has arrived at a crossroad: Will it be able to escape the credibility gap of the past?

**Keywords:** Climate-Policy, Climate-Strategies

11. September und den daraus resultierenden Folgen beherrscht. Nach der gescheiterten CoP 6 in Den Haag und dem erfolglosen zweiten Aufguss dieser Konferenz im Sommer in Bonn hat auch in Marokko kein durchschlagender Erfolg erzielt werden können. Durch den Regierungswechsel in Washington und die klare Absage von George W. Bush an das Kyoto-Protokoll geht es jetzt nur noch darum, das Gespräch über Kyoto und die dort beschlossenen Verpflichtungen irgendwie am Leben zu erhalten.

Innerhalb der EU, bisher einer Speerspitze in der Klimapolitik, mehrt sich die Kritik an Österreich, das sich einst als „Vorreiter“ in Sachen Umweltschutz hat feiern lassen. Während Brüssel – trotz dem einen oder anderen Misston aus europäischen Hauptstädten – darauf drängt, das Kyoto-Protokoll bis zur Rio-Nachfolgekonferenz „Rio +10“ im September 2002 in Johannesburg in staatliches Recht zu übernehmen, negiert Österreich seine Hausaufgaben. Denn der Ausstoß von TGH aus rot-weiß-roten Quellen liegt fünf Millionen Tonnen über der Stabilisierungsmarke.



## Politische Grabenkämpfe behindern die Klimapolitik in Österreich

1990 lagen die Emissionen bei 77 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalent, bis Ende 1998 sind sie auf 80 Mio. t gestiegen. Um das Kyoto-Ziel zu erreichen müssen sie auf 67 Mio. t sinken – ein Minus von tatsächlich 17 % innerhalb der kommenden zehn Jahre. Der letzte hoheitliche Akt in Sachen Klimapolitik liegt mehr als ein Jahr zurück: Mitte September 2000 hat die Bundesregierung einen gemeinsamen Ministerrats-Vortrag von Landwirtschafts- und Umweltminister Wilhelm Molterer (ÖVP) sowie Finanzminister Karl-Heinz Grasser (FPÖ) zum Klimaschutz abgesehen. Darin wird angekündigt, dass bis Jahresende 2000 eine Klimaschutzstrategie unter Dach und Fach sein soll. Sie liegt noch immer nicht vor (siehe Kasten am Ende des Beitrags).

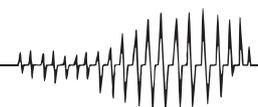
Die detaillierte Darstellung der Ökologisierung des Steuersystems – einer der Schlüsselfaktoren – ist bei der Umwandlung des Entwurfs in den endgültigen Text hinausgeflogen. Gestrichen wurde schließlich auch die Passage, mit welcher das Umweltministerium mit der Koordination der Klimaschutzstrategie beauftragt wird. Und schließlich haben Molterers Vorgänger Martin Bartenstein, nunmehr Wirtschaftsminister, und Grasser (gegen seinen Antrag) schriftliche Vorbehalte angemeldet: In der Klimastrategie sei „ein enger Kontakt mit der Wirtschaft“ erforderlich, heißt es in der Anmerkung an den Ministerrats-Vortrag.

Das ruft Erinnerungen wach: Bevor im Dezember 1997 in Kyoto das Klimaprotokoll verabschiedet wurde, hatte sich Umweltminister Bartenstein im Vorfeld mit lautstarken Tönen hinausgelehnt. Im fernen Österreich haben sich die Bedenken dann rasch materialisiert: in einem „informellen“ Telefonat: In wenigen Worten hatte da der Generaldirektor eines Energieversorgers sei-

nem Landeshauptmann die Sache erklärt – wenig später hatte der Landeschef den Minister an der Strippe, um letzterem ungeschminkt die Bedenken des Lobbyisten darzulegen.

Auf den heißen Herbst in der Klimapolitik sollte ein eisiger Winter folgen. Die Jahreszeiten in der Politik folgen allerdings nicht dem Bauernkalender – und so ist die Klimapolitik noch nicht aufgetaut. Und das, obwohl drei Universitäten – TU Graz, Boku Wien und Uni Linz – in einer Studie eine volkswirtschaftliche Rechnung angestellt haben, was es kostet und bringt, wenn Kohlendioxid, das bedeutendste Treibhausgas, im Straßenverkehr eingespart wird. Pro Tonne, die nicht mehr in die Luft geblasen wird, erspart sich Österreich – und damit jeder einzelne Staatsbürger – 14.731 Schilling, wenn dies über die Raumplanung passiert. CO<sub>2</sub>-Einsparungen durch einen höheren Benzinpreis bringen 6721 Schilling Gewinn, durch Tempolimits immerhin noch 4149 Schilling.

Den Finanzminister beeindrucken offenbar derartige Zahlen nicht: Im Ministerrats-Vortrag hat er die Passagen hinausboxen lassen, in welcher Road-Pricing für Pkw und die Öko-Steuer gefordert werden. Diese Performance reiht sich in die lange Tradition der Beziehung zwischen Finanz- und Umweltressort. Denn nicht selten sind in der Wiener Himmelpfortgasse Bedingungen aufgestellt worden, welche der Klimapolitik einen Bremsklotz vor die Räder geworfen haben – vor Räder, die sich ohnehin nie rasend schnell gedreht hatten. Und so musste so manche Runde ein zweites Mal gedreht werden: Etwa, als die Freigabe von 200 Mio. Schilling für die betriebliche Umweltförderung damit junktimiert wurde, dass die Österreichische Kommunal-Kredit AG beauftragt wurde, einen „Optionen-Bericht“ zu erstellen, in dem die Möglichkeiten aufgelistet werden, in welchen Sparten mit welchen Maßnahmen wie viel Treibhausgase eingespart werden können –



eben das lag, zumindest im Grunde, mit dem Toronto-Technologieprogramm und dem daraus destillierten Kyoto-Paket schon längst vor.

## Rückblick...

Ein kurzer Blick über die Grabenkämpfe der Politik hinaus, in die Vergangenheit: Der Wirkungsmechanismus des Treibhauseffekts war erstmals 1896 von Svante Arrhenius als Bedrohung für das Gleichgewicht der Spurengase in der Atmosphäre beschrieben worden, exakt 91 Jahre später – 1987 in Toronto – hat sich die internationale Wissenschaftler-Gemeinde tiefgehend damit beschäftigt und das Toronto-Ziel verabschiedet: ein Minus, ausschließlich bei Kohlendioxid, von 20 Prozent, zu erreichen bis 2005, Basisjahr 1988.

Österreichs Umweltministerin Marilies Flemming – heute VP-Europaparlamentarierin – bekannte sich zu dem Ziel, das in Folge in Energieberichte der Regierung geschrieben und vom Ministerrat abgesegnet wurde. Flemmings Nachfolger – Ruth Feldgrill-Zankel, Maria Rauch-Kallat und Martin Bartenstein – stellten sich ebenfalls hinter dieses Ziel. Bartenstein, jetzt Wirtschaftsminister, damals noch Chef des Umweltressorts, begann freilich, Wasser in den Wein zu gießen – eine Entschließung des Parlaments zum Klimaschutz zitierend, meinte er, dass das derzeitige „Maßnahmenbündel“ wohl nicht ausreiche, um das Toronto-Ziel zu erreichen. Das Parlament, das die Entschließung verabschiedet habe, solle neue Maßnahmen vorschlagen und beschließen. Dazu sollte es nicht kommen, die Emissionen stiegen weiter.

Noch ein Blick zurück: Im Sommer 1990 initiierte der Grüne Tom Koenigs, Umwelt- und Finanz-Stadtrat von Frankfurt, das Klimabündnis: Bis 2010 soll der CO<sub>2</sub>-Ausstoß halbiert werden (Basisjahr 1990), gleichzei-

tig soll mit konkreten Projekten indigenen Völkern in Regenwald-Gebieten ein Leben – vor allem ein Überleben – in Nachhaltigkeit ermöglicht werden. Zu dieser Zeit machten die Importe von Tropenholz Schlagzeilen. Mittlerweile machen Tausende Gemeinden beim Klimabündnis<sup>1</sup> mit – in Österreich 345 Städte oder Gemeinden mit 4,1 Mio. Einwohnern. Außerdem haben acht Bundesländer (7,4 Mio. Einwohner) beschlossen, dem Klimabündnis beitreten zu wollen – nur Vorarlberg nicht.

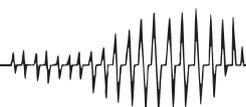
Die Beitrittswelle zum Bündnis bekam einen kräftigen Aufschwung unmittelbar vor und nach der United Nations Conference on Environment and Development (UNCED) dem so genannten „Erdgipfel“, im Juni 1992 in Rio. Auf der Konferenz – 20 Jahre nach der ersten Umweltkonferenz in Stockholm 1972 – wird unter anderem die Klimakonvention beschlossen. Sie ist eine Rahmenkonvention: Leben hauchen ihr erst die Protokolle ein, die konkreten Durchführungsbestimmungen gewissermaßen. 1997 in Kyoto wird dieses Protokoll verabschiedet – siehe oben.

Österreich hat in dieser Zeit das wissenschaftliche Berater-Gremium „CO<sub>2</sub>-Kommission“ in den Klimabeirat umgewandelt. Diese Experten haben zuerst ein „Toronto-Paket“ geschnürt und dies dann – im Vorfeld der Klimakonferenz in Kyoto 1997 – in ein Kyoto-Programm umgearbeitet.

Die Fakten liegen seither auf dem Tisch: Klar ist, wie viel emittiert wird, klar ist, aus welchen Quellen die THG stammen. Nicht klar ist freilich, wie Maßnahmen konkret aussehen könnten und vor allem: wie sie politisch durchsetzbar sein können.

Vier Schlüsselfaktoren zeichnen sich in der bevorstehenden Diskussion ab: Raum- und Bauordnung, Energie- und Verkehrspolitik. Mit diesen Instrumenten kann gesteuert werden, in welchen Bereichen die Emissio-

<sup>1</sup> Siehe W. Mehl „Klimaschutz von der Basis – erfolgreiche Projekte österreichischer Klimabündnis-Gemeinden“ in diesem Heft.



nen der Zukunft vermieden werden – oder eben nicht. Dabei kommt den Bundesländern, die in allen Bereichen entweder das alleinige Sagen haben oder zumindest ein Mitspracherecht (Energie und Verkehr), eine zentrale Position zu. Ein verbindliches Abkommen zwischen Bund und Ländern (nach Artikel 15a der Bundesverfassung) ist gescheitert: Umwelt-Landesräte konnten mit der Inbrunst der Überzeugung zustimmen, weil sie wussten, dass Finanzreferenten mit kühlem Lächeln ablehnen werden. Bald schiefen die Verhandlungen für diesen Vertrag, die 1995 begonnen hatten, ein. An eine Wiederbelebung wird nicht gedacht. Die Funktion des Jolly Jokers ist nun der Landeshauptleute-Konferenz zugeordnet.

### ...und Ausblick?

Damit spannt sich der Bogen wieder in die Gegenwart, zum Ministerrats-Vortrag von vergangener Herbst. Bezeichnend ist dabei auch, dass nunmehr kein Ministerium mehr explizit beauftragt wird, die Klimapolitik zu koordinieren und zumindest ungewöhnlich ist auch der Umstand, dass der Ministerratsvortrag im offiziellen Kommuniqué der Sitzung mit keiner Silbe erwähnt wird.

So erscheint es auch nicht weiter verwunderlich, dass völlige Ratlosigkeit herrscht, wie die Belastung der Atmosphäre durch den Straßenverkehr verringert werden kann. Die Zulassungszahlen steigen, die Kilometerleistungen steigen, der Ruf nach mehr Straßen steigt („Jetzt reicht's: Bauen statt stauen“).

#### Michael Lohmeyer

Jg. 1959, medienkundlicher Lehrgang in Graz. Umweltredakteur von „Die Presse“.

E-Mail: michael\_lohmeyer@yahoo.com

Heute liegt Österreich nicht 13 Prozent über dem Kyoto-Ziel, sondern 17 Prozent. Von Toronto ist keine Rede mehr, das Klimabündnis wird landauf, landab als Symbol verkauft, als Hinweisschild in eine richtige Richtung, nicht als konkretes Ziel.

Bauen statt stauen: Die Studien, in welchen Bereichen die Treibhausgase verringert werden können und in welchem Ausmaß, stauen sich mittlerweile. Jetzt steht im Mittelpunkt, dass eine seriöse, durchsetzbare Klimastrategie gebaut wird. Das ist das ureigenste Feld der Politik, bei dem Experten höchstens unterstützen können.

#### Literatur:

**BMWA**, Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten (1993): Energiebericht der Österreichischen Bundesregierung. BMWA, Wien

**Österreichische Bundesregierung (1995)**: Nationaler Umweltplan. Wien

**Österreichische Bundesregierung (1998)**: Nationaler Klimabericht. Wien

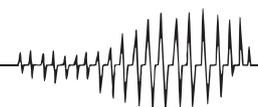
**Österreichische Bundesregierung (2000)**: Ministerratsvortrag vom 7. September 2000

**ÖKK**, Österreichische Kommunalkredit AG (1999): Kyoto-Optionen-Analyse. Wien: Österreichische Kommunalkredit AG.

**Österreichischer Klimabeirat (1998a)**: Das Toronto-Technologieprogramm. Maßnahmen, Effekte und gesamtwirtschaftliche Kosten eines Technologieprogramms zur Erreichung des Toronto-Emissionsziels für CO<sub>2</sub> in Österreich und die vergleichbaren EU-Strategien. BMUJF und Österreichischer Klimabeirat, Wien

**Österreichischer Klimabeirat (1998b)**: Das Kyoto-Paket, wirtschaftliche Innovation durch Klimaschutz. BMUJF und Österreichischer Klimabeirat, Wien

**Österreichischer Nationalrat (2000)**: Entschöpfung vom 19. Oktober 2000.



## Entwurf für eine österreichische Klima-Strategie

(Die fett gesetzten Passagen kennzeichnen die Textänderungen.)

### Ursprünglicher Entwurf

#### Verkehr

Eine der komplexesten Aufgaben stellt die erforderliche Trendumkehr im Verkehrsbereich dar. Der Entwurf der Klima-Strategie weist hier beträchtliche Einsparungspotentiale (3,7 Mio. t CO<sub>2</sub>) durch ein umfassendes Maßnahmenbündel aus. Dieses schließt ordnungsrechtliche und fiskalische Instrumente (**z.B. fahrleistungsabhängige Kilometerabgaben auch für Pkw oder andere Maßnahmen im Bereich des Straßenverkehrs**) ebenso mit ein, wie investive Maßnahmen zur Verbesserung der Güterverkehrslogistik oder bewusstseinsbildende Maßnahmen.

#### Berücksichtigung der Kyoto-Mechanismen

Die Anwendung der so genannten „Kyoto-Mechanismen“ (flexible Mechanismen zur Zielerreichung durch internationalen Emissionshandel sowie gemeinsame Projekte mit anderen Annex-I-Staaten und Entwicklungsländern) durch bestimmte Sektoren wird einen **gewissen** Beitrag zur Erreichung des Kyoto-Zieles leisten können, wengleich ein möglichst hoher Anteil durch Maßnahmen im Inland realisiert werden muss.

**Auf Grund der noch laufenden Diskussion bezüglich der konkreten Ausgestaltung der „Spielregeln“ für die Anwendung der Kyoto-Mechanismen kann deren Beitrag zur Zielerreichung vorerst nicht quantifiziert werden. Die Festlegung der Regeln wird frühestens anlässlich der 6. Vertragsstaatenkonferenz zur Klima-Rahmenkonvention im November 2000 erfolgen.**

Im Rahmen der erforderlichen laufenden

### Ministerratsvortrag vom 19.10.2000

(Österreichische Bundesregierung, 2000)

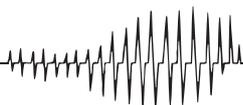
#### Verkehr

Eine der komplexesten Aufgaben stellt die erforderliche Trendumkehr im Verkehrsbereich dar. Der Entwurf der Klima-Strategie weist hier beträchtliche Einsparungspotentiale (3,7 Mio. t CO<sub>2</sub>) durch ein umfassendes Maßnahmenbündel aus. Dieses schließt investive Maßnahmen zur Verbesserung der Güterverkehrslogistik und bewusstseinsbildende Maßnahmen ebenso mit ein, wie ordnungsrechtliche und fiskalische Instrumente. **So wurde bereits die motorbezogene Versicherungssteuer (= Kfz-Steuer der Pkws) im Juni dieses Jahres um ca. 50% angehoben und im kommenden Jahr soll auch bis zur Einführung einer fahrleistungsabhängigen Lkw-Maut Mitte 2002 die Kfz-Steuer für Lkws in einem ähnlichen Ausmaß erhöht werden.**

#### Berücksichtigung der Kyoto-Mechanismen

Die Anwendung der so genannten „Kyoto-Mechanismen“ (flexible Mechanismen zur Zielerreichung durch internationalen Emissionshandel sowie gemeinsame Projekte mit anderen Annex-I-Staaten und Entwicklungsländern) durch bestimmte Sektoren wird einen Beitrag zur Erreichung des Kyoto-Zieles leisten können, **der für Österreich aber noch zu quantifizieren und in der Klima-Strategie auszuweisen ist. Gemäß Kyoto-Protokoll darf die Anwendung dieser Mechanismen jedenfalls nur zusätzlich zu Maßnahmen im Inland erfolgen.**

**Die Diskussion bezüglich der konkreten Ausgestaltung der „Spielregeln“ für die Anwendung der Kyoto-Mechanismen ist im Gange. Die Festlegung der Regeln wird frühestens anlässlich der 6. Vertragsstaatenkonferenz zur Klima-Rahmen-Konvention im November 2000 erfolgen. Der Beitrag der Kyoto-Mecha-**



## Ursprünglicher Entwurf

**Evaluierung und Anpassung der Strategie kann zu einem späteren Zeitpunkt endgültig über die Einbeziehung der Mechanismen entschieden werden. Dann wird es auch erforderlich sein, die volkswirtschaftlichen Kosten und Vorteile einer nationalen Umsetzung jenen der Mechanismen gegenüberzustellen.**

Festzuhalten ist jedenfalls, dass aus österreichischer Sicht, die auch erfolgreich in den Diskussionsprozess auf EU-Ebene eingebracht wurde, die Kernenergie mangels Nachhaltigkeit im Rahmen der Kyoto-Mechanismen keine Berücksichtigung finden kann.

### Finanzierung

Zur Auslösung der notwendigen klimarelevanten Investitionen in den Bereichen Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung, Industrie, Raumwärme in Betriebe und öffentlichen Gebäuden, Abfallbehandlung und Verkehr **besteht** nach dem Ergebnis der Kyoto-Arbeitsgruppen ein Bedarf an zusätzlichen Anreizfinanzierungen von rund 1,25 Mrd. ATS pro Jahr über einen Zeitraum von 10 Jahren, **der aus Elementen einer Ökologisierung des Abgabensektors finanzierbar ist.**

Sämtliche wohnbaurelevanten Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen aus der Raumwärme **sind** durch die Setzung neuer Schwerpunkte im Bereich der Wohnbauförderung zu finanzieren. Als Beitrag zur Erreichung des Kyoto-Zieles besteht für die thermisch-energetische Sanierung des Alt-Wohnbaubestandes bis 2010 ein öffentlicher Finanzierungsbedarf von ca. 3 - 3,5 Mrd. ATS pro Jahr, **wobei diese Mittel** durch Umschichtungen innerhalb der Wohnbauförderung (von der Neubauförderung zur Sanierung) **aufzubringen sind.**

Alle sonstigen Maßnahmen im Bereich der Neubauförderung bzw. von Heizungsverbesserungs- und -tauschprogrammen **sind** durch eine Neugestaltung der Wohnbauförderung nach energetischen Kriterien zu finanzieren

## Ministerratsvortrag vom 19.10.2000

(Österreichische Bundesregierung, 2000)

**nismen zur Ziel-Erreichung sollte möglichst bald quantifiziert werden. Es wird auch erforderlich sein, die volkswirtschaftlichen Kosten und Vorteile einer nationalen Umsetzung jenen der Mechanismen gegenüberzustellen.**

Festzuhalten ist jedenfalls, dass aus österreichischer Sicht, die auch erfolgreich in den Diskussionsprozess auf EU-Ebene eingebracht wurde, die Kernenergie mangels Nachhaltigkeit im Rahmen der Kyoto-Mechanismen keine Berücksichtigung finden darf.

### Finanzierung

Zur Auslösung der notwendigen klimarelevanten Investitionen in den Bereichen Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung, Industrie, Raumwärme in Betrieben und öffentlichen Gebäuden, Abfallbehandlung und Verkehr **wird** im Entwurf zu einer Klima-Strategie ein Bedarf an zusätzlichen Anreizfinanzierungen von rund 1,25 Mrd. ATS pro Jahr über einen Zeitraum von 10 Jahren **genannt, der angesichts der budgetpolitischen Zielsetzung eines Nulldefizits bis 2002 möglichst durch Einsparungen bzw. Umschichtungen auf der Ausgabenseite zu finanzieren sein wird. Eine weitergehende Ökologisierung des Steuersystems, die im wesentlichen aufkommensneutral erfolgen sollte, kann ebenfalls einen Beitrag zur Erreichung des Kyoto-Zieles leisten.**

Sämtliche wohnbaurelevante Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen aus der Raumwärme **wären** durch Setzung neuer Schwerpunkte im Bereich der Wohnbauförderung der Länder zu finanzieren. Als Beitrag zur Erreichung des Kyoto-Zieles besteht für die thermisch-energetische Sanierung des Alt-Wohnbaubestandes bis 2010 ein Finanzierungsbedarf von ca. 3-3,5 Mrd. ATS pro Jahr durch Umschichtungen innerhalb der Wohnbauförderung (von der Neubauförderung zur Sanierung).



### Ursprünglicher Entwurf

(ca. 500 Mio. ATS pro Jahr). Insgesamt sind somit aus der Wohnbauförderung etwa 4 Mrd. ATS für kyotorelevante Zwecke aus anderen Verwendungsbereichen **umzuschichten**. Weiters sind zur Erreichung der Reduktionsziele im Verkehr **zusätzliche Investitionen** für den öffentlichen Nahverkehr, die überregionale Bahninfrastruktur und im Bereich der Infrastruktur für Radfahrer und Fußgänger **zu tätigen**, sowie öffentliche Förderungen und Regionalförderprogramme auf die Erreichung des Kyoto-Zieles hin auszurichten und erforderlichenfalls umzuschichten.

**Sowohl die notwendige Umschichtung innerhalb der Wohnbauförderung als auch der Mittelmehrbedarf der Umweltförderung erfordern eine entsprechende Behandlung im Zuge des Finanzausgleichs.**

### Gesamtwirtschaftliche Effekte

Ein Großteil der durch den Kyoto-Aktionsplan auszulösenden Investitionen, insbesondere im Bereich erneuerbarer Energien sowie der Althausanierung, weisen eine hohe inländische Wertschöpfung auf. **Angaben über die zu erwartenden Auswirkungen auf die Beschäftigung liegen im Durchschnitt bei etwa 14.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen.** Es ist davon auszugehen, dass die kyotorelevanten Technologieinvestitionen durch volkswirtschaftliche Multiplikatoreffekte ein erhebliches zusätzliches Steuer- und Abgabenaufkommen induzieren werden, welches das Ausmaß der (zeitlich befristeten) Anreizfinanzierungen innerhalb weniger Jahre deutlich übersteigen wird.

### Unterstützung des Maßnahmen-Pakets durch eine ökologische Steuerreform

Der prognostizierte öffentliche Finanzierungsbedarf wurde unter Annahme einer mo-

### Ministerratsvortrag vom 19.10.2000

(Österreichische Bundesregierung, 2000)

Alle sonstigen Maßnahmen im Bereich der Neubauförderung bzw. von Heizungsverbesserungs- und -tauschprogrammen **können** durch eine Neugestaltung der Wohnbauförderung nach energetischen Kriterien finanziert werden (ca. 500 Mio. ATS pro Jahr). Insgesamt sind somit aus der Wohnbauförderung etwa 4 Mrd. ATS pro Jahr für kyotorelevante Zwecke **anzusetzen. Die Maßnahmen im Bereich der Wohnbauförderung sind mit den Bundesländern zu verhandeln und werden auch im Rahmen der Finanzausgleichsverhandlungen thematisiert.**

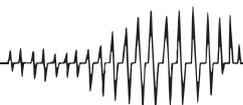
Weiters sind zur Erreichung der Reduktionsziele im Verkehr der öffentliche Nahverkehr, die überregionale Bahninfrastruktur und die Infrastruktur für Radfahrer und Fußgänger **auszubauen**, sowie öffentliche Förderungen und Regionalförderprogramme auf die Erreichung des Kyoto-Zieles hin auszurichten und erforderlichenfalls umzuschichten.

### Gesamtwirtschaftliche Effekte

Ein Großteil der durch den Kyoto-Aktionsplan auszulösenden Investitionen, insbesondere im Bereich erneuerbarer Energieträger sowie der Althausanierung, weisen eine hohe inländische Wertschöpfung auf. **Damit ergeben sich auch positive Auswirkungen auf die Beschäftigung und volkswirtschaftliche Multiplikatoreffekte.**

### Für eine EU-weit harmonisierte Energiebesteuerung

Österreich unterstützt nachdrücklich die aktuellen Bemühungen der französischen Präsidentschaft, so bald wie möglich Einigung über den Richtlinienvorschlag der Kommission zur Harmonisierung der Energieabgaben zu erzielen.



## Ursprünglicher Entwurf

deraten Anhebung und stärkeren ökologischen Differenzierung der Energieabgaben und Mineralölsteuern – dem Aufkommen nach etwa dem „kleinen Modell“ der Steuerreformkommission (zur Vorbereitung der Steuerreform 2000) vergleichbar – festgelegt. Im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft ist dabei so weit wie möglich auf die Entwicklung in anderen EU-Mitgliedstaaten Bedacht zu nehmen.

Österreich unterstützt **in diesem Zusammenhang** nachdrücklich die aktuellen Bemühungen der französischen Präsidentschaft, so bald wie möglich Einigung über den Richtlinienvorschlag der Kommission zur Harmonisierung der Energieabgaben zu erzielen.

**Ich** stelle daher den **Antrag**, die Bundesregierung möge beschließen:

*Die Bundesregierung*

- erachtet **die Erreichung des Kyoto-Zieles, sowie darüber hinausgehend** eine effiziente und ressourcenschonende Wirtschaftsweise, welche auf lange Sicht eine beträchtliche Reduzierung des Einsatzes fossiler Energieträger verfolgt, als eine der **vorrangigen** Aufgaben unseres Landes;
- hält mit Nachdruck fest, dass ehestmöglich in der laufenden Legislaturperiode die Voraussetzungen zur Realisierung dieser Ziele geschaffen werden müssen;
- verpflichtet sich demgemäss, als ersten Schritt **bis Ende Oktober 2000** eine mit den Ländern und Gemeinden (Gemeinde- und Städtebund) abgestimmte Klimaschutzstrategie **vorzulegen** und noch im laufenden Jahr zur Umsetzung vorzubereiten, **und** beauftragt den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft mit der weiteren Koordinierung der Klimaschutzstrategie.

## Ministerratsvortrag vom 19.10.2000

(Österreichische Bundesregierung, 2000)

**Wir** stellen daher den **Antrag**, die Bundesregierung möge beschließen:

*Die Bundesregierung*

- erachtet **zur Erreichung des Kyoto-Zieles** eine effiziente und ressourcenschonende Wirtschaftsweise, welche auf lange Sicht eine beträchtliche Reduzierung des Einsatzes fossiler Energieträger verfolgt, als eine der **wichtigsten** Aufgaben unseres Landes;
- hält mit Nachdruck fest, dass ehestmöglich in der laufenden Legislaturperiode die Voraussetzungen zur Realisierung dieser Ziele **im Einklang mit den Budgetzielen der Bundesregierung** geschaffen werden müssen;
- verpflichtet sich demgemäss, als ersten Schritt eine mit den Ländern und Gemeinden (Gemeinde- und Städtebund) abgestimmte Klimaschutzstrategie **auszuarbeiten** und noch im laufenden Jahr zur Umsetzung vorzubereiten.

